

allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung im angegebenen Zeitraum berichtet. Abschließend werden die Ereignisse in der Region in einer Gesamtchronologie dokumentiert.

Im zweiten Teil des Jahrbuches werden die wichtigsten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grunddaten und Ereignisse zum jeweiligen Land geliefert. Eine jeweilige kleine Chronologie der Ereignisse im vorgezeichneten Land vervollständigt den Überblick. Im Länderteil sind jedoch zwei kritische Bemerkungen zu machen. Es ist nicht ganz ersichtlich, warum die Staaten des Golfkooperationsrates, ausgenommen Saudi-Arabien, in "Golfstaaten" zusammengeführt worden sind. Noch problematischer ist die willkürliche Aufnahme von Staaten am Rande der Region. Warum z.B. wurde Mauretanien aufgenommen, Djibuti und Somalia nicht? Die im Sinne des Völkerrechts Noch-Nicht-Staaten Palästina und Westsahara wurden am Ende des Staatenteils aufgenommen. Zumindest im Fall Palästina, das bis jetzt als "Besetzte Gebiete" an den Landesbericht Israel angehängt worden war, liegen die Herausgeber wegen der Entwicklung in den letzten vier Jahren mit der getrennten Darstellung völlig richtig. Am Ende des Länderteils berichten die Autoren über die Aktivitäten der regionalen Organisationen.

Der dritte Teil dient als Forum für Berichte über die aktuellen Ereignisse und Probleme der Region (z.B. "Kampf gegen Terrorismus", "Wassermanagement", die "Taleban" in Afghanistan und "Europäische und deutsche Interessen in Zentralasien").

Im vierten Teil werden die wichtigsten Dokumente und Dokumentennachweise sowie eine Auswahlbibliographie abgedruckt. Es wäre vielleicht leserfreundlich, wenn die Herausgeber mehr Platz für den Abdruck der Dokumente zur Verfügung stellen würden. Im vorliegenden Band wurden zwei Dokumente auf ganzen zweieinhalb Seiten abgedruckt. Auch die Auswahlbibliographie am Ende des Bandes ist nicht ganz einleuchtend. Es ist für den Benutzer viel praktischer, wenn die Auswahlbibliographie zum jeweiligen Land am Ende des Landesberichtes verzeichnet wird; das Nahost-Jahrbuch war auch bislang so angelegt.

Ferhad Ibrahim

Stefan A. Schirm

Kooperation in den Americas

NAFTA, MERCOSUR und die neue Dynamik regionaler Zusammenarbeit

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1997, 169 S., DM 32,--

Regionale Zusammenarbeit, Integration, Kooperation – die Begriffe unterscheiden sich häufig nur in ihrem geographischen Bezug und in ihrer jeweiligen Intensität. Während hier die örtliche Komponente mit Hinweis auf den amerikanischen Kontinent eindeutig ist, kann der Grad der Intensität der jeweiligen Zusammenarbeit nur annäherungsweise bestimmt

werden, ist aber bei der hier vorliegenden Arbeit richtigerweise aufgrund der erst seit kurzem auf den Weg gebrachten Untersuchungsobjekte (1.1.1994) und MERCOSUR (1.1.1995) offen gelassen worden. Dabei standen nicht die innen- und entwicklungspolitische Dimensionen dieser Kooperationsansätze im Vordergrund, sondern deren Versuch der Herstellung einer Freihandelszone zwischen den beteiligten Ländern unter Einschluß der Auswirkungen auf das globale ökonomische Geschehen. Nachdem das Scheitern früherer Integrationsprozesse (ALADI, SELA, Andenpakt, Karibische Gemeinschaft, Zentralamerikanischer Markt) in den 80er Jahren, in der "verlorenen Dekade", offenbar wurde, wird hier ein neuer Anlauf unternommen zur Überwindung der enormen ökonomischen Schwierigkeiten auf dem Subkontinent. Während einstmals der regionale Protektionismus als Heilmittel zur Überwindung struktureller Defizite angesehen wurde, sind es jetzt Konzepte, die man gemeinhin unter dem Schlagwort "Neoliberalismus" zusammenfassen kann.

Wie bei allen derartigen Neuschöpfungen sind zunächst die Anfangserfolge zumindest statistisch nicht zu übersehen. Ein gestiegener Handelsaustausch zwischen den MERCOSUR-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay scheint die Richtigkeit des eingeschlagenen Wegs zu bestätigen. Jedoch, und das hat der Autor auch deutlich herausgestellt, beginnen die Konflikte erst jetzt, beispielsweise bei der für Argentinien und Brasilien gleichermaßen wichtigen Automobilindustrie und deren ungehinderten Exportmöglichkeiten in den Wirtschaftsraum. Schon blockiert Brasilien den weiteren Handel mit Argentinien, was Buenos Aires wiederum zu einer Ausstiegsdrohung aus dem MERCOSUR veranlaßt. Auch hierbei wird man einen Kompromiß finden können, allerdings dürfte der auf absehbare Zeit nicht in einem völligen Abbau aller Zölle und anderer Handelshemmnisse bestehen. Hier wird man vermutlich wieder auf die altbewährten Rezepte bilateraler Abkommen zurückkehren, wodurch die anderen beiden Mitgliedsländer allenfalls eine Statistenrolle übernehmen dürften. Kennzeichnet für den MERCOSUR ist, daß er vollständig auf die Einrichtung supranationaler Behörden, wie sie z.B. in Brüssel für die EU bestehen, verzichtet. Ob dies für den Kooperationsprozeß hinreichend ist, wird von dem Autor zu Recht bezweifelt. Denn wenn auch bei den früheren Integrationsansätzen häufig die damals eingerichteten Bürokratien als Hemmschuh betrachtet wurden, so stellten sie zumindest aufgrund ihres supranationalen Anspruchs ein integrationsförderndes Element dar. Darauf derzeit völlig zu verzichten, scheint deshalb etwas verwegen; Europa zumindest weist einen anderen Weg.

Ganz anders der Fall der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, wo, wenn man es realistisch betrachtet, Mexiko in die US-amerikanische Wirtschaft integriert wird und für Drittländer allenfalls einen "Lieferanteneingang" für den nördlichen Markt darstellt. Die innenpolitischen Probleme für das Land können nur kurz gestreift werden, als da ist die Zweiteilung des Landes in einen ansatzweise industrialisierten Norden an der Grenze zu den USA und ein ständig ärmer werdenden Süden, Stichwort: Chiapas. Generell muß man feststellen, daß der Anteil Mexikos mit 360 Mrd Dollar an dem kanadisch-US-amerikanischen Volumen von 6833 Mrd Dollar eine kaum wahrnehmbare Größe darstellt, zumal Mexiko schon in den Jahren zuvor über zwei Drittel seines Außenhandels mit den USA

abwickelte. Hier haben sich völlig ungleiche Partner zusammengeschlossen, wobei die Abhängigkeit Mexikos von dem nördlichen Wirtschaftsblock überdeutlich ist. Die Handels- und Wirtschaftspolitik wird also in Washington dekretiert, so daß schon die Qualifizierung als Kooperation schwer fällt. Konsequenterweise hat man denn auch völlig auf irgendwelche integrationsfördernden Verwaltungen verzichtet.

Völlig außen vor bleiben mehr als ein Drittel der Bevölkerung und die meisten Staaten auf dem Subkontinent, die Länder Mittelamerikas, der Andenregion und der Karibik. Auch wenn Chile aufgrund politischer Versprechen aus Washington in die NAFTA drängt, so wird sich speziell Mexiko wegen seiner derzeit zumindest privilegierten Stellung diesem Ansinnen widersetzen. Für die anderen Länder bliebe allenfalls der Versuch einer punktuellen Annäherung an diese Gemeinschaften. Der immer wieder totgesagte Andenpakt versucht dies derzeit mit Richtung auf den MERCOSUR.

Der von dem Autor vorsichtig prognostizierte Erfolg dieser beiden neuen Kooperationsvorhaben muß seine Bewährungsprobe freilich noch bestehen, gerade wenn man die sozialen Entwicklungen in den armen Ländern mit einbezieht. Bei diesen, und das haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, ist eine Wende nicht in Sicht. Angesichts dessen ist man versucht zu konstatieren, daß in gewissen Abständen neue Kooperationsvorhaben in die Welt gesetzt werden, allseits erwartungsvoll begrüßt, um dann nach einigen Jahren in die mittlerweile immer länger werdende Reihe der Mißerfolge einsortiert zu werden. Das ist den jeweiligen Autoren nicht zum Vorwurf zu machen, hat es doch erfreulicherweise dazu geführt, daß mittlerweile derartige Integrationsansätze mit dem ausreichend großen Abstand betrachtet werden, und dieser zeichnet auch das vorgestellte Werk aus.

Jürgen Saligmann

Bernhard Thibaut

Präsidentalismus und Demokratie in Lateinamerika. Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay im historischen Vergleich

Leske + Budrich Verlag, Opladen, 1996, 377 S., DM 69,-

(Politische Organisation und Repräsentation in Amerika, Band 5)

Politische Prozesse verlaufen in nicht zu vernachlässigendem Grade innerhalb von Institutionen – wünschenswerterweise im staats- und verfassungsrechtlich vorgesehenen Rahmen, welcher natürlich ein demokratischer sein soll. Dies kann als Grundkonsens gelten, von dem Staats- und Verfassungsrechtler wie auch Politologen ausgehen - letztere wieder vermehrt seit der als "Wiederentdeckung" der Institutionen" bezeichneten Entwicklung in der Politikwissenschaft; ebenso ist anerkannt, daß es Staatsorganisationsformen und Regie-